

Freitag14. August
2020

Das Risiko im Kindergarten

Von Michael Prock

Gewerkschaft fordert, dass Gemeinden den Urlaubsort von Kindergartenkindern erfragen.

DORNBIERN Als sich die Bundesregierung im Zuge der Pandemiebekämpfung entschloss, alle Schulen und



Die Gewerkschaft fordert Regeln für die Kinderbetreuung im Freien.

VN/PAULITSCH

Kinderbetreuungseinrichtungen zu schließen, stellte sie nicht nur das Familienleben auf den Kopf. Auch die Arbeit der Kindergartenpädagoginnen änderte sich schlagartig. Nun steht der Herbst vor der Tür, und die Frage nach einem coronagerechten Schul- und Kindergartenstart beschäftigt die Politik. Die Kindergärten spielen bei den Verhandlungen nur eine Nebenrolle. Aber: „Sie orientieren sich dann an den Schulen“, berichtet Thomas Kelterer, Landesvorsitzender der Gewerkschaft öffentlich Bediensteter Younion.

„Die Gemeinden haben eine Fürsorgepflicht. Das ist eine Haftungsfrage.“

Den Urlaub erfragen

Nach dem sogenannten Lockdown blieben zehn Prozent der Kinder, danach ging es rasch wieder aufwärts. Die Sommerkindergärten besuchen doppelt so viele

Kinder wie in normalen Sommern, erklärt Kelterer.

Kindergartenpädagoginnen sind verunsichert: Darf ich mit den Kindern nach draußen? Wie soll der Meter Abstand gewährleistet sein? Waren die Kinder in einem Risikogebiet? Diese Fragen beschäftigen auch die Gewerkschaft. „Sie müssen bis Herbst geklärt werden“, fordert Kelterer. Die Kindergärten bräuchten klare Regeln für den Umgang im Freien.

Younion ist auch für die Amtsleiter der Gemeinden zuständig. Kelterer erinnert sie an die Fürsorgepflicht eines Dienstgebers. „Sie müssen besonders für die Sicherheit der Risikogruppen

sorgen. Sonst haften sie.“ Er rät den Amtsleitern deshalb davon ab, selbst zu entscheiden, ob eine Risikoperson arbeiten kann oder nicht. „Dafür gibt es Fachpersonal.“

Bei den Coronavorgaben sei die Theorie nicht immer mit der Praxis vereinbar. „Eigentlich müsste ein Meter Abstand eingehalten werden“, betont Kelterer. „Aber das ist nicht immer möglich. Ein Kind, das weint, muss getröstet werden.“ Dass viele Kindergartenpädagoginnen verunsichert sind, wenn es um den Urlaub der Kinder geht, versteht er. „Es braucht eine Möglichkeit, die Kinder fragen zu können.“ Allerdings sei das Aufgabe des Dienstgebers, nicht der Kindergartenpädagoginnen. „Da geht es wieder um die Fürsorgepflicht.“

Neues Sicherheitskonzept

Die Gewerkschaft und der Gemeindeverband haben nun begonnen, die Arbeitssicherheit aller 4500 bis 5000 Gemeindebediensteten im Land zu überprüfen und ein neues Sicherheitskonzept zu erstellen. „Da geht es um den Bauhof genauso wie um den Kindergarten.“ Auch Impfen sei ein Thema. „Die Durchimpfungsrate ist leider gesunken, auch beim Kindergartenpersonal.“ Er sei zwar gegen eine Impfpflicht, aber der Dienstgeber könnte bei der Einstellung erfragen, ob jemand ungeimpft ist. „Das wäre wie im Krankenhaus. Der Dienstgeber entscheidet, wie vorgehen“, sagt Kelterer. Er hat auch eine gute Nachricht. Im Zuge des Lockdowns sei es zu weniger Ausbrüchen von Kinderkrankheiten gekommen.

